

Die deutschen Kriegssteuern.

Von Geheimrat Professor Julius Wolf.

Berlin, 6. Juni.

Mit einer überwältigenden Mehrheit hat der deutsche Reichstag die Kriegssteuern angenommen. Der englische Schatzkanzler hat im Unterhaus etwas prägnant darauf hingewiesen, daß Großbritannien seit Beginn des Krieges die Einnahmen von 200 auf 500 Millionen Pfund Sterling gesteigert habe, Deutschland aber jetzt im Begriffe sei, ganze 25 Millionen Pfund Sterling Steuern neu zu schaffen. Der Vergleich hinkt nicht nur, er lahmmt „auf beiden Beinen“. Ihm ist entgegenzuhalten: Erstens, daß Dr. Helfferichs Absicht zunächst auf den Verzicht auf Kriegssteuern überhaupt ging, um nicht neue Unruhe in die durch den Krieg bereits reichlich unruhigte Volkswirtschaft zu bringen; zweitens, daß Mac Kenna die größte der deutschen Kriegssteuern, die Kriegsgewinnsteuer, bei seiner Rechnung einfach unter den Tisch fallen läßt; drittens, daß, wie selbst Mac Kenna wissen dürfte, Deutschland, wenn es „wollte“, es nicht schwer haben würde, ein Vielfaches der jetzt neu bewilligten Steuern aufzubringen. Das deutsche Volkseinkommen ist nicht geringer als das englische, es war vor dem Kriege von Helfferich und ähnlich von anderen auf nahe an 45 Milliarden Mark geschätzt, während das englische nach Berechnungen des Unterhausmitgliedes Chiozza Money 35 Milliarden sein sollte. Auch davon, daß Deutschland vor dem Kriege übersteuert gewesen wäre, ist nicht die Rede. Eine Berechnung, die sich in meiner Schrift „Die Steuern in Deutschland“ angeführt findet, stellt fest, daß die Gesamtsteuerlast kurz vor dem Kriege betrug:

in Deutschland	63 Mark per Kopf
„ Frankreich	96 „ „ „
„ England	106 „ „ „

Deutschland stand danach hinter England um 43 Mark Steuern per Kopf zurück, und hätte es sich eine Steuerlast von 43mal 70 Millionen Menschen gleich drei Milliarden Mark jährlich neu auferlegt, so hätte es damit eben nur die Steuerlast erreicht, die der Engländer per Kopf schon vor dem Kriege zu tragen hatte. Schon daraus ist zu entnehmen, daß die Äußerung Mac Kennas nichts anderes als Bluff ist. Seine Äußerung kennzeichnet sich aber, wie gesagt, auch und vor allem dadurch als irreführend, daß sie den Ertrag des neuen Kriegssteuerbuletts mit 500 Millionen Mark beziffert, während er in Wirklichkeit wohl über zwei Milliarden Mark sein wird. Mac Kenna hat in seine Rechnung nämlich die Kriegsabgabe nicht einbezogen. Dr. Helfferich hatte allerdings als vorsichtiger Mann eine Schätzung des Ertrages derselben im Reichstag fürs erste nicht gegeben, kaum dürfte er sie aber damit als ertraglos haben bezeichnen wollen. Und daß sie unter allen Steuern des Kriegssteuerbuletts die weitaus ergiebigste ist, darüber besteht kein Zweifel. All die Steuern treten jede einzeln in ihrem Ertrage gegen die Kriegsgewinnsteuer zurück. Eine irgend sichere Voraussage ist in Hinsicht des Ertrages der letzteren freilich, wie gesagt, nicht möglich. Tatsache ist aber, daß erfahrene Volkswirte von seiner Bitterung ihn mit drei Milliarden Mark beziffert haben. Das mag zu hoch sein. Würde es aber auch bei nur 1½ Milliarden sein Bewenden haben, dann würde das erste Kriegssteuerbukt, das der Reichsschatzsekretär gebunden hat, nicht 25 Millionen Pfund Sterling, sondern über 100 Millionen Pfund erbringen. Man sieht also, wie sehr selbst Finanzminister irren können, wenn es sich um Beurteilung der Verhältnisse beim Feinde handelt!

Was hier zur Kennzeichnung der Äußerung Mac Kennas gesagt ist, führt gleichzeitig in die besonderen Verhältnisse des Steuerertrages, mit dem Dr. Helfferich aus dem Ante geschieden ist, ein. Die Situation wird beherrscht durch die Kriegsabgabe. Sie ist — da Kriegsgewinnsteuer — naturgemäß als vorübergehend gedacht. Aber auch die anderen, neu bewilligten Steuern sollen nur vorübergehend sein, wenn auch nicht ihre Natur es mit sich bringt und ihre beschränkte Dauer gesetzlich nur ausnahmsweise, in einem Falle, festgelegt wurde.

Was die Kriegsabgabe betrifft, so wird sie nunmehr erhoben, wenn der Vermögenszuwachs den Betrag von 3000 Mark und das Vermögen am 31. Dezember 1916 insgesamt 6000 Mark übersteigt. Sie beginnt mit 5 Prozent für die ersten 10.000 Mark Vermögenszuwachs, die nächsten angefangenen oder vollen 10.000 Mark zahlen 10 Prozent; die Sätze steigen weiter, und was über 1.100.000 Mark ist, zahlt nicht weniger als 50 Prozent. Ein Kuriosum in der neuen Kriegsabgabe ist bekanntlich die Steuer, die auch auf solches Vermögen gelegt wird, das keinen Zuwachs erfahren hat. Es wird angenommen, daß „normalerweise“ Vermögen durch den Krieg eine Minderung seines Betrages um mindestens 10 Prozent hätte erfahren müssen. Wenn das nicht der Fall ist, zahlt es für den sich so berechnenden Betrag eine allerdings mäßige Kriegsabgabe.

Die Motivierung dieses neugeschaffenen Annexes zur ursprünglichen Kriegsgewinnsteuer ist eine gequälte. Diese Steuer auf in seinem Betrage nicht erhöhtes, ja gegebenenfalls selbst gemindertes Vermögen ist als äußerste Konzeption den einzelstaatlichen Regierungen abgerungen worden, die von der Hineinverwebung einer Einkommenzuwachssteuer in das Kriegsgewinnsteuergesetz oder von einmaliger Erhebung einer Reichsvermögensteuer, wie der „verfloßene“ Wehrbeitrag es war, nichts wissen wollten, da sie direkte Steuern nicht über die dringendste Notdurft des Tages hinaus dem Reiche zu überlassen wünschten. Sie und die Gemeinden sind auf direkte Steuern angewiesen, um jede direkte Steuer für Rechnung des Reiches entbrennt darum ein heißer Kampf. Er wurde auch hier gekämpft, das Ergebnis war jene Steuererhöhung.

Daß die Kriegsgewinnsteuer in dieser Form den ganzen Steuerplan überschattet, darf nun nicht übersehen werden. Das ist der Fall, weil von ihr der weitaus stärkste Ertrag erwartet wird. Mag sie drei oder zwei Milliarden oder selbst darunter bringen, so ist von den anderen Kriegssteuern doch kaum viel über 600 bis 700 Millionen Mark zu erwarten. Wollte man diese anderen Steuern sämtlich als indirekte bezeichnen, so hätten wir also ein Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern im Kriegsteuerbukt von rund 2 : 1. Auch mit diesem Verhältnis war die Sozialdemokratie nicht zufrieden. Sie spielt je länger je mehr ihre Forderung dahin zu, daß das Reich überhaupt nur noch direkte Steuern einführen dürfe. Hält sie daran fest, so wird sie freilich auch weiter reichlich Gelegenheit zu „Verwerfungen“ haben. Denn, wie schon gesagt, an den direkten Steuern zerren und von ihnen zehren vor allem Einzelstaaten und Gemeinden, da ihnen indirekte Steuern so gut wie ganz verjagt sind.

Es ist aber nicht richtig, von den Steuern, die, abgesehen von der Kriegsgewinnsteuer, erhoben werden, schlecht hin als indirekten Steuern zu sprechen. So ist anzunehmen, daß die Umsatzsteuer, die an Stelle des ursprünglich geplanten Quittungsstempels tritt, vielfach an dem Gewerbetreibenden und Händler hängen bleibt und sonach als eine nicht überwältigte Gewerbesteuer, als „Reichsgewerbesteuer“ wirken wird. Diese Umsatzsteuer spielt unter den kleinen Steuern des Kriegssteuerbuletts dem Ertrage nach die größte Rolle. Derselbe wurde in Reichstagskreisen zunächst sogar auf nicht weniger als 600 Millionen geschätzt, vom Reichsschatzsekretär zuletzt für Friedenszeiten mit 250 bis 300 Millionen Mark veranschlagt. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter glaubte von ihr sagen zu dürfen, sie sei von den vorgeschlagenen Steuern zweifellos „die böseste“. Vorher hatte sich der Hauptwiderstand der Sozialdemokratie gegen die Tabak- und Zigarettensteuer gerichtet. Warum er schließlich hier etwas abgelenkt ist, war dem Außenstehenden nicht ersichtlich. Vielleicht weil er als aussichtslos erkannt war. Diese Steuer ist allerdings eine richtige indirekte Steuer, wenn sie auch den Luxuskonsum besonders stark trifft. Der Tabak war in seinen verschiedenen Gestalten bisher in Deutschland mit mäßiger Steuer belegt, wie sich daraus ergibt, daß von einem Gesamtjahresaufwand der deutschen Bevölkerung von rund einer Milliarde Mark für den Rauchgenuß das, was von dieser Milliarde auf Rechnung der Besteuerung ging, nicht über 20 Prozent betrug. Dagegen war nach offizieller Rechnung bereits 1906 das Verhältnis des Steuer-, beziehungsweise Monopolsaufschlages zum Rauchaufwand in Österreich 65 Prozent, in Großbritannien 59 Prozent, in Spanien 70, in Italien 79, in Frankreich 82 Prozent. Die jetzt ins Werk gesetzte Erhöhung bedeutet aber noch keine Verdoppelung der bisherigen Tabaksteuer — ihr Ertrag dürfte knapp 130 Millionen Mark erreichen gegen die 200 Millionen, die der Tabak in Deutschland bisher brachte.

Frachtfurtenstempel und Postgebührenerhöhung schließen den Reigen. Bei den Postgebühren handelt es sich um Erhöhungen von durchschnittlich nicht ganz 50 Prozent. So werden für Briefe, die bisher mit 10 Pfennig zu frankieren waren, weiterhin 15 Pfennig zu bezahlen sein, für ein Telegramm, das bisher 5 Pfennig per Wort kostete, werden weiterhin 7 Pfennig per Wort gefordert. Bei den Postgebühren wurde auch die Aufhebung der Zuschlagsätze spätestens zu Ende des zweiten Friedensjahres nach dem Kriege, falls der Reichstag sie verlangt, beschlossen.

Das Schlußurteil über das Steuerbukt des seitdem leider aus seinem Amt geschiedenen Reichsschatzsekretärs kann nur glimpflich, ja mehr als das, es muß angesichts des schmalen Weges zwischen parlamentarischer Schylla und Charibdis günstig lauten. Dr. Helfferich durfte in der Kommission mit Recht aussprechen: „Die vorgeschlagenen indirekten Steuern werden für die Massen des Volkes kaum fühlbar sein.“ Selbst die Tabaksteuer werde, meinte er erläuternd, „sich ertragen lassen“ und von der Umsatzsteuer gelte jedenfalls, daß sie nicht wie sonst indirekte Steuern die Masse härter treffe als die Reichen. Zu denken muß allerdings geben, daß die Sozialdemokratie beider Schattierungen selbst diesem Steuerbukt absolut ablehnend gegenübersteht und den Steuern mit Ausnahme der Kriegsgewinnsteuer ihre Zustimmung verjagt hat. Das eröffnet für die Zukunft düstere Perspektiven, öffnet den Ausblick in eine Periode schwerster Steuerkämpfe. Ein Hoffnungsstimmer fällt in diese kommende schwere Zeit mir angesichts der Tatsache, daß das, was die Sozialdemokratie steuerlich will und was sie auch zur Ablehnung der Helfferichschen Steuerpläne geführt hat, finanztechnisch unausführbar und auch nicht möglich ist, ohne Einzelstaaten und Gemeinden um die Fähigkeit zur Wahrnehmung ihrer Kulturaufgaben zu bringen. Schon heute kann gesagt werden, daß gegen diese „Tatsachen“ die Sozialdemokratie umsonst anrennen wird. Allerdings werden die Steuervorlagen der kommenden Serien mit einer tüchtigen sozialdemokratischen Dels gesalbt sein müssen!